



Abseits des Marktes - wo kommen wir denn da hin?

Das hat es schon lang nicht mehr gegeben, dass in der Wohnungsfrage der gewohnte kapitalistische Gang ein wenig Schluckauf bekommen hat. Der marktradikale Block von Grünen-CDU-FreieWähler (der Freiburger Stadtbauverkaufs-Block von 2006) wurde mit einer Stimme Mehrheit im Gemeinderat überstimmt. Zukünftig sollen, wenn der Gemeinderat nichts anders beschließt (die Hintertür, so groß wie ein Scheunentor) 50% der Wohnungen, die gebaut werden, geförderter MIETwohnungsbau sein.

Die Reaktion und die Kampagne dagegen war zu erwarten. In der Badischen Zeitung wurde diese Entscheidung gleich die Tage danach medial in Frage gestellt und bis jetzt ist kein BefürworterIn wirklich zu Wort gekommen.

Die Immobilienlobby „Vereinigung Freiburger Wohnungs- und Gewerbeunternehmen“ (VFW), die vor einem Jahr gegen Ralf Klausmann (Freiburg Stadtbau FSB) geputst hatte, um von seinem scheinbaren „Kuschelkurs“ abzuweichen, meldete sich zu Wort, um nun nicht mehr so „brav“ wie in der Vergangenheit zu sein. Cornelia Rupp-Hafner vom VFW: *„Die Quote stellt eine dirigistische Zwangsmaßnahme dar, die nicht mit marktwirtschaftlichen Prinzipien vereinbar ist und in erheblichem Maße in die Privatautonomie sowie das Eigentumsrecht eingreift.“*

Dass die Immobilienlobby ihre Reichtumsvermehrung höher und schützenswerter einstuft als die Privatautonomie eines Menschen, der kein Wohnneigentum hat, oder der in ständiger Angst ist, diesen Rückzugort (Mensch kann nicht Nichtwohnen) durch steigende Mieten zu verlieren, überrascht nicht - da geht alles seinen gewohnt kapitalistischen Gang.

Zu Weihnachten konnten wir ja wieder erleben, wie sich die Immobilienverwertungs-Koalition gerne sieht: Als WohltäterIn, die am Ende des Jahres symbolisch und ritualisiert beispielsweise Schlafsäcke verteilt (CDU), oder regionale Immobilienmakler und Hausverwalter (IVD), die mit 3200€ (etwa 3 Mieterhöhungen) 40 Kindern aus dem Stühlinger ermöglichte, dass diese Geschenke zu Weihnachten bekamen. Statt nicht mehr ständig die Mieten zu erhöhen, wird zum Ende des Jahres ein bisschen Mitleidsökonomie gemacht und es werden medienwirksam „Wohltaten“ verteilt. Danke auch!

Ja haben wir denn schon Sozialismus?

Ein weiterer Teil dieses Kasperletheaters ist fast schon lustig und trägt zur Unterhaltung bei. Die FDP musste sich in einer Pressemitteilung, nach dem Beschluss, von sozialistischen Umtrieben distanzieren: Denn *„manche Mitglieder und Sympathisanten der FDP befürchteten,*

bei deren Stadträten sei der Sozialismus ausgebrochen“, so die FDP. Aber sie beschwichtigt, sie haben nicht dem Kapitalismus und der „Freiburger Schule“ abgeschworen, so sei der *„Beschluss eher symbolischer Natur, da er kaum Auswirkungen haben wird“*.

Genossenschaftsstadt

Die Aufregung, die dieser Beschluss hervorgerufen hat, zeigt, dass selbst Minischritte weg von der über den Markt organisierten Wohnversorgung (Dekomodifizierung) in Freiburg einer Palastrevolution gleichkommen.

Die illustre Gruppe von Ex-Stadtplanern, die sich in letzter Zeit immer wieder zu Wort meldet, meinte im Wochenbericht: *„Die Stadtbau und weitere genossenschaftliche Bauträger müssten gestärkt werden, denn nur sie seien Garant für günstige Wohnungsangebote auch bei Neubauten.“*

Auch wenn es reichlich naiv ist, die FSB, aber auch die ein oder andere Genossenschaft als Garant für bezahlbaren Wohnraum anzusehen, ist der Gedanke richtig: Freiburg muss eine (Wohn-)Genossenschafts-Stadt werden!

Also jene kleinen Genossenschaften von Unten und Mietshäuser-Syndikate, in denen die Menschen entscheiden, die in den Häuser leben und somit ein Garant dafür sind, dass das Wohnen dem Markt entzogen wird und nicht (wieder) kommerzialisiert.

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!
www.rechtaufstadt-freiburg.de

„RECHT-AUF-STADT“-NEWSLETTER

Mit unserem RaS-Newsletter informieren wir 2-3 mal im Monat über „Recht auf Stadt“ Themen. Wer Infos will, einfach Email an info@rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE:

- **01.07. 19 Uhr** | Kritik der ausgrenzenden Sonderbehandlung am Beispiel der Landeserstaufnahmestelle (LEA) gegen Flüchtlinge in Freiburg | Uni KG II – Raum 2004
- **04./11./25.07.** | „Die Verkaufte Stadt“ | www.theater-instrumental.de
- **14.07. 19 Uhr** | Treffen des Freiburger Forums | rasthaus
- **14.07. 19.30 Uhr** | Abschiebung als Kindeswohlgefährdung? Eine Debatte um Kinderrechte auch bei Flüchtlingen | KH (Karlstraße 38) Haus 3 - Raum 3000
- **10.07. 20.30 Uhr** | Recht auf Stadt – Netzwerktreffen | Mietshäuser-Syndikatsbüro, Adlerstr. 12



[FR] WEINGARTEN: EIGENTUM STATT BEZAHLBARER WOHNRAUM

Die Freiburger Stadtbau plant das Hochhaus im Binzengrün 34 im Stadtteil

Weingarten zu sanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Die Stadtbau rechnet damit, dass maximal 5% der bisherigen, oft seit Jahrzehnten hier wohnenden MieterInnen wieder zurückziehen werden. Wer wieder zurück will, wird nicht in der Nähe mit Wohnraum "zwischenversorgt", sondern muss ihre bzw. seine gewohnte Umgebung für die Zwischenzeit verlassen. Nach einer gewissen Schonfrist wird die Wohnung im Fall der Rückkehr auf jeden Fall ca.1,80 €- pro Quadratmeter teurer werden. Der exklusive Bürgerverein, der, ohne eine Basis unter der Bevölkerung zu haben, als Ansprechpartner für die Politik dient, setzt sich für die Umwandlung in Eigentum ein, entgegen der Interessen der MieterInnen.

KEINE ZWANGSRÄUMUNG IST JE VERGESSEN!

Tina S. lebte rund 40 Jahren in ihrer Wohnung in Berlin Wedding. Im Juli 2014 wurde sie zwangsgeräumt. Das Jobcenter hatte vergessen die Miete zu überweisen. Obwohl die offenen Beträge im Nachhinein beglichen wurden, entschied das Gericht gegen sie. Ein erster Räumungsversuch wurde durch die Blockade in Zusammenarbeit mit dem Bündnis "Zwangsräumungen verhindern" gestoppt. Zu einem späteren Zeitpunkt konnte eine Räumung allerdings nicht erneut verhindert werden. Jetzt wird die Wohnung verkauft. Die Wohnung hat nun nur noch drei Zimmer mit 80 qm² anstatt vier Zimmer mit 100 qm². Statt knappen 400 Euro für 100 qm² kostet das Ganze nun 11€ pro Quadratmeter. Einen Besichtigungstermin nutzten AktivistInnen jetzt, um das mit einer Mietenparty mit der Vermieterin zu feiern. Keine Zwangsräumung ist je vergessen! Spekulant_innen angreifen.

In Freiburg ist das örtliche Bündnis gegen Zwangsräumung unter zwangsräumungenverhindernfr.noblogs.org zu erreichen.

OBDACHLOSIGKEIT IN ATHEN STEIGT MASSIV AN

Während die Troika, die nicht Troika genannt werden darf, also der IWF, die europäische Zentralbank und die Europäische Kommission, von Griechenland immer weitere Einschnitte in den Sozialstaat fordern, steigt die Zahl der Obdachlosen in Griechenland massiv an. Allein in Athen leben 17.700 Menschen komplett obdachlos auf der Straße. Bis zu 500.000 Menschen sollen in Autos und in ähnlich unpassenden Unterkünften hausen.

GRIECHENLAND 2.: SPARMASSNAHMEN TREFFEN DIE SCHWÄCHSTEN

In nur 4 Jahren, zwischen 2008 und 2012, verlor das ärmste Zehntel der griechischen Bevölkerung sage und schreibe 86 Prozent seines Haushaltseinkommens. Im Durchschnitt verloren die Haushalte knapp 23 Prozent, das reichste Zehntel der Bevölkerung verlor allerdings "lediglich" 17 Prozent des Haushaltseinkommens. Fast jeder dritte Haushalt musste 2012 mit einem Jahreseinkommen unter 7.000 Euro auskommen. Heutzutage düften die Zahlen noch düsterer aus.

[FR] WUCHERMIETE TRIFFT RUMÄNISCHE FAMILIE

Eine rumänische Familie, die in der ECA Siedlung wohnt, zahlte für ihre Wohnung 1000€ Miete pro Monat an einen Elternverein, der die Wohnung von der Stadtbau gemietet hatte. Bei einem Grillfest und dem Gespräch mit den Nachbarn erfuhr die Familie dann: Die Nachbarn zahlen für die gleiche, knapp 60 Quadratmeter große Wohnung den Mietspiegel-Preis von 425 Euro. Das rumänische Ehepaar, und der Bruder des Mannes arbeiten in der Baubranche, wo migrantische Arbeitskräfte häufiger ausgebeutet werden. Nach Intervention des Mieterbeirats der Stadtbau wurde der Mietvertrag mit der Elterninitiative aufgelöst. Die Familie mietet jetzt direkt bei der Stadtbau und zahlt nun den regulären Mietpreis von 425 €. Die Elterninitiative soll nun den Überschuss durch die Wuchermiete an die Familie zurückzahlen.

Merke: Mit den Nachbarn über die eigenen Wohnbedingungen reden hilft!

KIRCHZARTEN NUR NOCH FÜR REICHE UND TOURISTEN?

Kirchzarten und die übrigen Dreisamtalgemeinden sind über die letzten Jahrzehnte zu sündhaft teuren Wohnorten verkommen, die Bevölkerungsstruktur wandelt sich markant: Normal- und GeringverdienerInnen können sich das Wohnen immer weniger leisten und werden durch wohlhabende Neuzuzüger ersetzt. Darauf macht die Gruppe "Links im-Dreisamtal" aufmerksam. Obwohl die Zahl der Sozialwohnungen in Freiburg auf einen Tiefstand angekommen ist, gibt es in Freiburg bezogen auf die Bevölkerungszahl siebenmal so viele Sozialwohnungen wie in Kirchzarten. Die Initiative fordert, wie nun in Freiburg beschlossen, mehr sozialen Mietwohnungsbau und für das Baugebiet am Kurhaus verbindliche und transparente soziale Vergabekriterien.

[FR] KAMPF GEGEN ARME RECHTSWIDRIG

In den letzten Jahren hat das Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Freiburg mehrere gleichlautende Verfügungen gegen

Flüchtlinge erlassen, mit denen ihnen der Aufenthalt vor den Recyclinghöfen in Freiburg untersagt wurde. Nun wurde diese Praxis erstmals vor dem Freiburger Amtsgericht verhandelt. Dem Betroffenen Rom war für zwei Jahren verboten worden, sich vor den Recyclinghöfen in Freiburg aufzuhalten. Als er sich zum Einkaufen in der Nähe eines Recyclinghofes befand, wurde er von der Polizei kontrolliert und erhielt ein Bußgeld. Hiergegen legte er Einspruch ein. Der Richter erklärte, das Aufenthaltsverbot sei „eindeutig rechtswidrig“ und stellte das Verfahren ein. Die Stadt Freiburg hatte mit dem Vorgehen des Ordnungsamtes Geflüchteten, die keine Arbeitserlaubnis erhalten und oft noch gekürzte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, auch noch verbieten wollen, auf andere Weise, selbstorganisiert, Güter zu bekommen. De facto stellte dies ein "Bettverbot" und eine Bestrafung von Armut dar. Damit ist nun hoffentlich Schluss!

[FR] KEINE BRACHE FÜR SAND IM GETRIEBE

Die Wagengruppe Sand im Getriebe, deren Wagen letztes Jahr 6 Monate beschlagnahmt waren und die über keinen gemeinsamen Stellplatz verfügt, hat erneut einen Teil des Götz und Moritz Areals im Stadtviertel Schildacker besetzt. Allerdings dauerte die Besetzung nur einen Abend und eine Nacht. Anschließend wurde durch die Polizei geräumt. Das Architekturbüro, das beim Rahmenkonzept Schildacker die Jury insgesamt am meisten überzeugt hatte, hatte für den Ort der Besetzung einen Wagenplatz vorgesehen. Nun heißt's aber wieder: Brache statt Wagenleben und Anzeigen wegen vermeintlichen Brachenfriedensbruchs.

HARTZ IV SANKTIONEN VERFASSUNGSWIDRIG?

Nach 10 Jahren Hartz IV Sanktionspraxis hat das Sozialgericht Gotha der Klage eines Hartz IV-Beziehers stattgegeben und die Sanktionen im Hartz-IV-System als verfassungswidrig beurteilt. Die Klage wird nun dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Die Leistungskürzungen wegen vermeintlicher Pflichtverstöße, z.B. wegen Nichteinhaltung eines Jobcenter-Termins oder bei abgelehnten Jobangeboten stehen also zur Disposition. Roland Rosenow von der Kanzlei Sozialrecht in Freiburg erklärte gegenüber Radio Dreyeckland, er könne sich vorstellen, dass das Verfassungsgericht die Sanktionsmöglichkeiten mindestens einschränkt. Er rät deshalb nun allen ALG II EmpfängerInnen, die einen Sanktionsbescheid erhalten, dringend Widerspruch gegen diesen einzulegen und Klage zu erheben, um so die Chance zu haben, nachträglich Geld zurück zu erhalten. Der Rat ließe sich auch auf Kürzungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anwenden.